

**Brief von Hans-Dietrich Genscher**  
an die Mitglieder der Führungsgremien und an die  
Mandatsträger der Freien Demokratischen Partei

(20. August 1981)

# fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der  
Freien Demokratischen  
Partei

Baunscheidtstraße 15  
5300 Bonn 1  
Thomas-Dehler-Haus  
FS: 0 886 580

Verantwortlich:  
Herbert Schmülling  
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

---

Ausgabe 130  
20. August 1981

Der F.D.P.-Bundesvorsitzende HANS-DIETRICH GENSCHER hat heute an die Mitglieder der Führungsgremien und an die Mandatsträger der Freien Demokratischen Partei folgenden Brief geschrieben:

Liebe Parteifreunde,

die Konsolidierung des Bundeshaushalts, die Förderung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen werden die öffentliche Diskussion auch in den kommenden Wochen beherrschen. Auf dem Kölner Bundesparteitag im Mai dieses Jahres haben wir unsere Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, konsequent und ohne Vorbehalte die Probleme anzugehen. Die Entscheidungen, die Regierung und Koalition abverlangt werden, fallen in jeder Beziehung aus dem Rahmen üblicher, auch als schwierig empfundener Probleme. Die jetzt gestellten Aufgaben haben großes gesellschaftspolitisches, innenpolitisches und außenpolitisches Gewicht.

Unser Land steht an einem Scheideweg. Gesellschaftspolitisch stehen wir in einer Bewährungsprobe der Marktwirtschaft. Unsere Marktwirtschaft muß gerade in einer sich strukturell verändernden Weltwirtschaft - Ölpreis-Entwicklung und Prozeß weltweiter Arbeitsteilung sind nur zwei Aspekte - die erforderliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen. Diese Bewährungsprobe kann nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln bestanden werden. Die Anerkennung und Förderung von Leistung, Innovation und Wettbewerb sind dabei unverzichtbar. Vor allem aber muß durch die Folgerichtigkeit und durch die auf die staatliche Ausgabenpolitik sich strukturell auswirkenden Entscheidungen das Vertrauen der Investoren gefestigt werden. Eine solche Vertrauensstärkung wird auch ihre Auswirkungen auf den DM-Kurs haben. Nicht nur die Diskussion über die Ergänzungsabgabe, sondern ganz allgemein die Diskussion über unsere Auffassung, daß Ausgabenverminderungen der bessere Weg sind als Einnahmenerhöhungen, zeigt, daß unter veränderten Bedingungen und mit deshalb auch veränderten Fragestellungen und Antworten eine ähnliche grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen ist wie beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg.

Damals wie heute lag die Entscheidung, welcher Weg eingeschlagen werden soll, weitgehend in unserer Hand.

Innenpolitisch stehen wir vor einer Bewährungsprobe unserer freiheitlichen Ordnung, weil soziale Stabilität die unverzichtbare Voraussetzung politischer Stabilität ist. Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme und positive Perspektiven für die heranwachsende Generation sind untrennbar mit der Stabilität und der Fortentwicklung unserer freiheitlichen Ordnung verbunden. Menschen, die Arbeit suchen und sie nicht finden können, junge Menschen, die keine beruflichen Zukunftsperspektiven für sich sehen - ihnen allen müssen wir Hoffnung und Vertrauen zurückgeben.

Außenpolitisch hängt die Wahrnehmung unserer nationalen Interessen - und das erfordert in einem geteilten Land an der Schnittlinie der Systeme größere Anstrengungen als irgendwo sonst - wesentlich von unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ab. Das gilt für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und für unseren Beitrag zum Bündnis ebenso wie für unsere Beziehungen zur DDR und allgemein für unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, und es gilt nicht weniger für die Erfüllung unserer Verantwortung gegenüber den Staaten der Dritten Welt. In keinem dieser Bereiche darf eine aktive gestaltende, auch mit finanziellen Leistungen verbundene Politik der Bundesrepublik Deutschland als Geschenk an andere verstanden oder gar mißdeutet werden, wie das leider auch hierzulande geschieht.

Um es noch deutlicher zu sagen: Die Europäische Gemeinschaft ist der Zusammenschluß der europäischen Demokratien, in dem wir unsere Zukunft gestalten. Sie ist nicht die Gemeinschaft der anderen, sondern wir sind Teil dieser Gemeinschaft. Unser Verhältnis zur DDR und unsere Möglichkeiten, dieses Verhältnis auch wirtschaftlich zu gestalten, ist eine europäische Friedensaufgabe und ist die Wahrnehmung der nationalen Interessen unseres Volkes angesichts der staatlichen Teilung. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarn im Osten

/Investi-  
tion



ganz allgemein sind Teil unseres Beitrags zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses und damit europäische Friedenspolitik. Unser Beitrag zum westlichen Bündnis ist Voraussetzung unserer äußeren Sicherheit.

Als Liberale wissen wir, daß die Entwicklungshilfe nicht ein Almosen für andere ist, sondern Investitionen in die eigene friedliche Zukunft. Sie ist Welt-Friedenspolitik mit dem großen Ziel, die soziale Sprengkraft zu überwinden, die im Nord-Süd-Verhältnis für die Welt mindestens in gleichem Maße liegt, wie das in den Industriegesellschaften des Nordens am Ende des letzten und Anfang dieses Jahrhunderts der Fall war.

Wenn wir die jetzt zu treffenden Entscheidungen bewerten, so geht es also um weit mehr als nur um die Deckung von Haushaltslücken. Wir müssen den finanziellen Handlungs- und Gestaltungsraum zurückgewinnen, damit wir unserem Volk auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden sichern können. Das ist die Zukunftsperspektive. Sie bestimmt die Bedeutung, die wir dem Entscheidungsprozeß zumessen, in dem Regierung und Koalition jetzt stehen. Das darf nicht die Stunde schwächlichen Taktierens und halberziger Schritte sein. Wir als Freie Demokraten sind entschlossen, unsere Verantwortung wahrzunehmen.

Ich weiß aus zahlreichen Gesprächen und aus den Beratungen im Juli, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten der SPD sich mit dem gleichen Ernst der gestellten Aufgabe widmen. Es sollte deshalb möglich sein, trotz grundsätzlicher unterschiedlicher Positionen der beiden Regierungsparteien in wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen die gestellte Aufgabe zu lösen.

Die in der letzten Juli-Woche getroffenen Entscheidungen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes und zur Belebung der Wirtschaft stellen eine wichtige Etappe auf dem Weg zu dem gesetzten Ziel dar. Für Regierung und Koalition gibt es keinen Anlaß, sich das im ersten Durchgang im Juli Erreichte von irgend jemandem wegreden zu lassen. Auch die Opposition wäre mit einer sachlichen Würdigung gut beraten. Sie muß nämlich ihre Leistung in Bund und Ländern erst noch erbringen. Das beachtliche Juli-Ergebnis der Koalition ist leider vernebelt und verdunkelt worden durch die Diskussion über die Ergänzungsabgabe. Wir hoffen, daß diese Diskussion durch einen endgültigen Verzicht der SPD auf die Ergänzungsabgabe möglichst schnell beendet wird, damit die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft nicht länger durch die Ungewißheit über weitere zukünftige Belastungen beeinträchtigt wird.

Die Anstrengungen von Regierung und Koalition müssen jetzt konzentriert werden auf die Vollendung des Prozesses der Haushaltskonsolidierung und auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Frei von aller Ideologie ist es dabei notwendig, den wirtschaftlichen Sachverstand überall zu nutzen, eigene Erfahrungen aus der Vergangenheit und die Erfahrungen anderer Länder zu beachten und das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung zu festigen. Die unabhängige Bundesbank hat eine entscheidende Aufgabe. Wir haben als Liberale diese Unabhängigkeit der Bundesbank immer für einen Garanten einer soliden Wirtschafts- und Währungs politik in unserem Land gehalten. Hätte sie diese Position nicht, die Gefahr, sich vom süßen Gift bequemer Schein-Lösungen einschläfern zu lassen, wäre groß. Die Angriffe auf die Politik der Bundesbank, wie wir sie aus den Reihen unseres Koalitionspartners vernehmen, erscheinen uns deshalb nicht geeignet, das für die wirtschaftliche Entwicklung notwendige Vertrauen zu festigen - eher das Gegenteil.

Weitere Eingriffe in Leistungsgesetze erscheinen uns unvermeidbar. Wir werden auch bei den bevorstehenden Beratungen mit konstruktiven Vorschlägen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes beitragen, und dabei auch Vorschläge unterbreiten, die die Gesamt-Belastung von Arbeitern, Angestellten und Wirtschaft



eher einschränken oder mindestens begrenzen, aber sie nicht ausweiten sollen.

Nach unserer Überzeugung darf im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Die Höhe des Arbeitslosengeldes sollte noch einmal diskutiert werden. Wir glauben auch, daß das Problem von Karenz-Tagen bei der Lohnfortzahlung - und zwar für alle Gruppen - noch einmal angepackt werden sollte. Um es ganz klar zu sagen, wir wollen den großen gesellschaftlichen Fortschritt, der in der Einführung der Lohnfortzahlung für alle Arbeitnehmer lag, ungeachtet unserer Kritik an der sogenannten arbeitsrechtlichen Lösung, nicht rückgängig machen. Aber wir meinen, daß Karenz-Tage geeignet sind, manchen Mißbrauch zu reduzieren. Die voraussehbare Entlastung der Unternehmen könnte zu Einsparungen an anderer Stelle verwendet werden, wie es bekanntlich auch vom Finanzminister erwogen wird.

Die Stärkung der Selbstverantwortung ist in einer freien Gesellschaft mündiger Bürger nicht nur ein möglicher, sondern aus unserer Sicht der einzig richtige Weg, um einer Erstickung des Leistungswillens durch immer höhere Steuern, Abgaben und Beiträge entgegenzuwirken. Die Kostenexplosion in der gesetzlichen Krankenversicherung fordert geradezu die Stärkung der Selbstverantwortung.

Der Bundesarbeitsminister hat nach den Beratungen in der Koalition eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die den Grundsatz der Selbstverantwortung begrüßenswert fördern. Er kann bei dieser Zielsetzung auf unsere volle Unterstützung rechnen. Ich bin zuversichtlich, daß wir uns auch in den anderen Fragen verständigen werden, so etwa darüber, daß die gegliederte Krankenversicherung auch in Zukunft erhalten bleibt und daß Kostendämpfung nicht verwechselt werden darf mit gesellschaftspolitischen Veränderungsversuchen.

Ganz allgemein ist es erforderlich, die Einsicht zu stärken, daß keine Leistung von Staat und Gesellschaft gewährt werden kann, die nicht vorher oder hinterher von der Allgemeinheit, also von jedem einzelnen von uns, aufgebracht werden müßte. Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die nicht deshalb entstand, weil die heute lebende und arbeitende Generation weniger leistungsbereit wäre als ihre Vorgänger, sondern weil manches Gesetz geradezu zur "Inanspruchnahme" auffordert, um nicht zu sagen "verleitet". Eine Wende ist notwendig.

Das alles ist nicht ein Eingriff in unser System sozialer Leistungen, sondern im Gegenteil, es sind unverzichtbare Schritte zur Festigung der Grundelemente dieses Systems. Ganz gewiß werden wir - nicht jetzt, aber in den vor uns liegenden Jahren - im Zusammenhang mit der Reform 1984 auch im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung Entscheidungen zu treffen haben, die nicht ungedeckte Wechsel auf die Zukunft ziehen, sondern die langfristig die Renten sichern, die Rentensteigerungen in dem gleichen Maße möglich machen wie sich die verfügbaren Einkommen der im Arbeitsprozeß Stehenden entwickeln und die damit ohne einen Generationenkonflikt der arbeitenden Generation von heute das Vertrauen in eine gesicherte Zukunft geben können.

Bei allem, was wir anpacken, müssen wir von dem Grundgedanken ausgehen, daß wir die Lasten der Gegenwart nicht unseren Kindern und Enkeln aufbürden dürfen. Unser Ziel muß sein:

Wettbewerbsfähigkeit und nochmals Wettbewerbsfähigkeit,  
Investitionen und nochmals Investitionen,  
Arbeitsplätze und nochmals Arbeitsplätze.

Das geht aber nur, wenn die Leistungsimpulse unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung freigesetzt werden. Verbesserte Rahmenbedingungen für Investitionen - und dazu gehört auch Vertrauensbildung - schaffen Arbeitsplätze wirksamer und dauerhafter als noch so gut gemeinte Konjunkturprogramme, oder wie immer man sie nennt. Vor der Entscheidung über solche Programme müssen sehr genau Ziel, Aufwand und zu erwartende Auswirkungen geprüft werden. Es bleibt abzuwarten, welche Vorschläge die damit



beauftragten Minister vorlegen.

Die Frage unserer Wohnungspolitik sollte noch einmal neu gestellt werden. Es fehlen Wohnungen, aber wir haben Beschäftigungsprobleme in der Bauindustrie, und es steht ein gewaltiges *p r i v a t e s* Investitionskapital für den Mietwohnungsbau zur Verfügung. Es wird aber nur dann wirklich eingesetzt werden, wenn die Investitionen sich auch lohnen.

Ein Mietrecht, das sich letztlich dahin auswirkt, daß Mangel an Wohnraum entsteht, kann kaum als sozial empfunden werden, denn die besser Verdienenden finden ihren Wohnraum immer.

Die Unionsparteien erklären, daß es nicht nur beim Wohnungsbau, sondern auch beim Kraftwerksbau und bei der Kommunikationstechnologie Investitionshindernisse gebe, die man beseitigen müsse. In diesen beiden Bereichen ist schon eine Menge geschehen. Nach meiner Überzeugung überschätzt die Union das hier noch Mögliche. Aber wir werden vorbehaltlos konkrete Vorschläge prüfen.

Bei den Entscheidungen, die wir Ende Juli getroffen haben, ist eine in ihrer Tragweite offensichtlich übersehen worden. Wir haben vor, daß im Öffentlichen Dienst bei den Beamten, dort, wo wir es durch Gesetz können, eine Verschiebung der Gehaltsanpassung stattfinden soll. Das hat mancher fäustchenmachend offensichtlich als ein Sonderopfer für Beamte mißverstanden. Wir wollen damit in Wahrheit ein Signal geben für lohnpolitische Zurückhaltung der Tarifpartner im kommenden Jahr auch in der gewerblichen Wirtschaft. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, auch durch das Verhalten der Tarifpartner, ist in einer schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Lage ein besonderer Ausdruck der Solidarität zwischen denen, die Arbeit haben, die sie sicher haben, und denen, die um ihre Arbeitsplätze bangen und vor allem denen, die solche Arbeitsplätze suchen.

Liebe Parteifreunde,  
höhnisch hat mancher davon gesprochen, die Zeit der Reformen sei vorbei. Wenn man Reformpolitik mit immer neuen Wohltaten ohne Rücksicht auf ihre Finanzierbarkeit verwechselt, ist das sicher richtig. Wer aber wie wir Reformpolitik unter dem großen Ziel sieht, den Freiheits- und Gestaltungsraum des einzelnen zu erweitern, der wird erkennen, daß Reformen wichtiger denn je sind. Wer unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung ausbauen und nicht einschränken will, weiß, daß das nicht bedeuten darf: mehr Wohltaten zu Lasten der Zukunftschancen. Es darf auch nicht heißen, den Verfügungsraum des einzelnen Arbeiters und Angestellten, des einzelnen Beamten und Unternehmers noch weiter einzuschränken durch Erhöhung der Belastung mit Steuern, Abgaben und Beiträgen.

Nein, jetzt geht es darum, die Weichen deutlich auf mehr Selbstverantwortung, auf Leistung und Selbstbestimmung zu stellen, das heißt eben auf mehr Freiheit. Niemand soll sich täuschen, die Grundtendenz in unserer Gesellschaft ist nicht auf mehr Staat gerichtet, ganz im Gegenteil. Der Grundsatz der Subsidiarität wird immer populärer, wie sich auch in vielen Aktivitäten junger Menschen zeigt. Sollte das enttäuscht werden, so werden Verdrossenheit und möglicherweise sogar eine Haltung gegen unseren Staat und unsere Gesellschaft die Folge sein.

Liebe Parteifreunde,  
um es noch einmal zu sagen, die Koalition muß nicht verstecken, sondern sie kann mit Selbstbewußtsein zeigen, was bei der Entscheidung im Juli erreicht wurde. Aber das Sparziel ist nach unserer Auffassung noch nicht erreicht, und Impulse für Investitionen und damit für mehr Arbeitsplätze müssen auch noch gegeben werden. Zukunftsinvestitionen sind für unsere langfristige Behauptung am Weltmarkt unverzichtbar. Vor allem aber ist Vertrauensbildung



notwendig als Grundlage einer soliden zukunftsorientierten, von Optimismus getragenen wirtschaftlichen Entwicklung. Auch die Entscheidungen, die wir noch zu treffen haben, werden an vielen Stellen Einschnitte bedeuten. Aber sie sind notwendig, denn wir entscheiden heute nicht nur für die nächsten Monate und Jahre, sondern über unsere Zukunftschancen schlechthin. Das macht das ganze Maß der Verantwortung deutlich.

Die Opposition hat bisher wenig Konkretes zur Lösung der anstehenden Probleme verlauten lassen, obwohl sie in den Ländern und Gemeinden und vor allem im Bundesrat nicht nur staatspolitische, sondern auch legislative Verantwortung trägt. Aber - und ich will das nicht gering einschätzen - sie hat sich zu einer konstruktiven Mitwirkung bereit erklärt. Wir sollten das nicht zurückweisen, sondern im Gegenteil die Opposition beim Wort nehmen. Ja, wir sollten die Chance nutzen, die darin für unser Land, für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft liegt, daß die Opposition bereit ist, durchaus auch Entscheidungen mitzutragen, die von vielen Verbänden je nach Betroffenheit eher mit Kritik als mit Zustimmung aufgenommen werden.

Ich bin überzeugt, die Bürger unseres Landes sind bereit, an einer großen GEMEINSCHAFTSLEISTUNG DER AKTIVEN ZUKUNFTSSICHERUNG mitzuwirken. Sie werden das umso überzeugter tun, je deutlicher unser Wille zu einer Wende wird. Einer Wende, die die Rahmenbedingungen schaffen soll für eine Zukunft in sozialer Sicherheit, in Fortschritt und in Frieden nach innen und außen.

Es besteht kein Anlaß zum Pessimismus. Im Gegenteil: Fleiß und Tüchtigkeit der Bürger unseres Landes sind eine solide Grundlage für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Die Rahmenbedingungen müssen Staat und gesellschaftliche Gruppen schaffen. Den Tarifpartnern und den Verbänden kommt dabei neben dem Staat eine besondere Verantwortung zu. Wir sind als Liberale bereit, unsere Verantwortung zu tragen und dabei auf jeden zuzugehen, der konstruktiv mitwirken will. Wir wollen alles tun, damit Regierung und Koalition nach dem ermutigenden Anfang im Juli nun das gesteckte Ziel erreicht.

Ihr

Hans-Dietrich Genscher